

Medienmitteilung zur Fluglärmproblematik

der Gemeinden Aesch, Allschwil, Arlesheim, Biel-Benken, Binningen, Bottmingen, Lauwil, Oberwil, Reinach, Schönenbuch, Therwil und des Neutralen Quartiervereins Neubad

Gemeinden rücken zusammen

Das Instrumentenlande-System ILS 34 sorgt seit seiner Einführung Ende 2007 bei der Bevölkerung der betroffenen Gemeinden für erheblichen Unmut. Es besteht der Verdacht, dass die an das ILS 34 geknüpften Bedingungen nicht ordnungsgemäss angewandt und der Fluglärm weiter zunehmen wird. Aus diesem Grund haben sich 11 Gemeinden zu einer einheitlichen Position und einem gemeinsamen Vorgehen geeinigt.

In Binningen haben sich am Freitag, 23. Mai 2008, die Gemeinden Aesch, Allschwil, Arlesheim, Biel-Benken, Binningen, Bottmingen, Lauwil, Oberwil, Reinach, Schönenbuch, Therwil sowie der Neutrale Quartierverein Neubad versammelt. Viele Gemeinderäte und Gemeindepräsidenten sind der Einladung aus Binningen gefolgt. Anlass zur Sitzung war die seit anfangs 2008 beobachtete Zunahme der Südländeanflüge und der damit verbundene Fluglärm, welcher in der Region südlich von Basel über 80'000 Einwohner/innen betrifft. Das ILS 34 hat in vielen Gemeinden zu Dutzenden von Beschwerden geführt und die Fluglärmproblematik zu einem gewichtigen Thema gemacht.

Einigkeit

Anlässlich der Zusammenkunft zeigte sich deutlich, dass bei den Gemeinden grosser Unmut über die Anwendung des Instrumentenlande-Systems herrscht und viele präsidiale Vertreter äusserten den Verdacht, dass die vertraglich festgelegten Auflagen zur Nutzung des ILS 34 nicht ordnungsgemäss angewendet werden. Angesichts der Erfahrungen mit dem ILS 34 seit dessen Einführung und den Ausbauplänen des EuroAirports besteht grosse Sorge, dass der Fluglärm unerträglich zunimmt.

Anlässlich der Sitzung haben sich die Gemeinden auf eine klare Position und gemeinsam bestimmte Ziele geeinigt. Gefordert werden von allen Gemeinden

- Die strikte Einhaltung der Nachtruhe von 22 Uhr bis 7 Uhr
- Südlände-Anflüge erst ab 10 Knoten
- Kein Ausbau des Fracht-Flugverkehrs zulasten der Bevölkerung

Regierungsrat ist gefordert

Die Gemeinden sind sich einig, dass mit dem nötigen Willen die negativen Auswirkungen des Flugverkehrs vom EuroAirport reduziert werden können. Deshalb haben die anwesenden Gemeindevertreter/innen beschlossen, schriftlich an den Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft zu gelangen. Dieser soll seine Mitgliedschaft im Verwaltungsrat des EuroAirport nutzen und darauf hinwirken, dass der EuroAirport seinen Vereinbarungen nachkommt und sich der Verwaltungsrat aktiv für Verbesserungen der Fluglärmproblematik einsetzt. Der Regierungsrat muss die Sorgen der mehr als 80'000 vom Fluglärm betroffenen Baselbieter Einwohner/innen Ernst nehmen und die Gemeinden mit seinen Anliegen unterstützen.

Weitere Informationen:

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident Allschwil, Telefon 061 486 25 30 oder 079 354 75 73
Agathe Schuler, Gemeinderätin Binningen, Telefon 061 421 75 81